

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

157 (10.7.1907) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementpreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Dreifachträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Quisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Anzerate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Anzerate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Anzeraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Spätere Anzerate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 157. Erstes Blatt. Karlsruhe, Mittwoch den 10. Juli 1907. 27. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst 6 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt. Preußisch-sächsischer Wahlreform-Manöver.

Der Hohenzollerische Wechselbalg einer Wahlreform... Die deutsche Tageszeitung befürwortet „Ueberflutung“... Die deutsche Tageszeitung befürwortet „Ueberflutung“... Die deutsche Tageszeitung befürwortet „Ueberflutung“...

nicht dem Volkswillen entspricht und ihn in reiner Weise zum Ausdruck bringt — das ist sozialdemokratische Parole!

Politische Uebersicht.

Kreudts Raufschwur.
Es ist eine heikle Sache, in einem Atem vom Schwören und dem Reichstagsabgeordneten Kreudt zu reden... Herr Kreudt aber zwingt selbst die Presse dazu, da er in der Post folgenden Raufschwur veröffentlicht hat: Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Kreudt hat, wie er uns aus Eimünde, wo er zurzeit weilt, mitteilt, gegen die Leipziger Volkszeitung wegen eines von ihr gebrachten, ihn beleidigenden Artikels Strafantrag gestellt.

solchen Betriebs absolut unfähigen Bureaufratie vorzukommen. In einem Privatbetrieb und sei er noch so groß, wäre es etwas einfach undenkbar. Bezeichnend ist es, daß erst Herr Honsell kommen mußte, um diesem schreienden Missetand ein Ende zu machen. Vielleicht bekümmert sich Herr Honsell auch in etwas um die Akkordarbeit in den Eisenbahnwerkstätten. Wenn die beseligt würde, könnte an Arbeitsstunden und an Material auch manches Reichsmärklein gespart werden. Die Rückständigkeit und Eigenfremdheit, die man in der Generaldirektion diesen Forderungen entgegensetzt, ruft nur Enttäuerung hervor, sie schaden ebenso den Finanzen des Staates wie seinem Ansehen als Arbeitgeber. Freilich, wenn Leute über solche Fragen in lechter Anstanz zu entscheiden haben, die auch nicht die Ahnung einer Kenntnis der wirklichen Verhältnisse und Zustände haben, braucht man sich über manches nicht mehr zu verwundern. Wer nur alle Jahre einmal einen eiligen Spaziergang durch die ihm unterstehenden Werkstätten macht, der kann nicht wissen, wie es da zugeht und wie da mit dem Gelde der Steuerzahler gewirtschaftet wird.

Nur ein Verteidiger

Ist der badische Regierung bis jetzt erstanden, es ist Herr Ammon. In vollen Zügen singt er dem neuen Regierungskurs im Schwab. Merkur das Loblied. Er bezeichnet den „Ball Schaufele“ mit Recht als den Anfang einer neuen Politik in Baden und zwar einer recht liberalen. Daß der Reichsliberalismus, der eine solche Politik der staatsbürgerlichen Rechtfertigung bedarf, in Baden nur noch in einigen seltenen Exemplaren besteht, kümmert Herrn Ammon sehr wenig, ist auch schließlich nicht nötig, denn was die Liberalen nicht mehr können, besorgt das reaktionäre Zentrum mit Wonne. Bis zu welcher Wäldsinigkeit sich der Haß gegen die Sozialdemokratie steigern kann, zeigt Herr Ammon durch folgende Ausführungen:

„Die Regierung hat eingesehen, wohin die sozialdemokratische Agitation unter den Eisenbahnarbeitern zielt. Hätte man es so fortgehen lassen, so wäre eines schönen Tages, am liebsten gerade in einer Krisis, die Generaldirektion nicht mehr Herrin der bad. Staatsbahnen gewesen, sondern der sozialdemokratischen Partei ausgesetzt; der Landtagsabg. Kolb, der jetzt schon im Direktionsgebäude ankunfts verlangt und Mahnungen erteilt, würde dann als gebietender wirklicher Generaldirektor aus- und eingehen. Wenn die Regierung es soweit nicht kommen lassen wollte, so handelte sie pflichtgemäß im Interesse der Staatswohl-fahrt.“

Herr Ammon weiß noch lange nicht alles und das ist ein großes Glück, denn sonst würde er es im Schwab. Merkur für 30 Pfg. die Zeile der badischen Regierung verraten. Doch Spah besitze. Daß die badische Regierung die unfinnigen Behauptungen einer politischen Rechte für bare Münze nimmt und allen Ernstes glaubt, die Sozialdemokratie habe nichts vernünftigeres zu tun, als auf eine Krisis zu spekulieren, um sich zur Herrin der badischen Staatsbahnen zu machen, zeigt, mit welcher Verstandnislosigkeit man in den badischen Regierungskreisen der Sozialdemokratie gegenübersteht. Sie eines besseren zu belehren, wäre ein erfolgloses Bemühen. Wir haben auch gar keine Ursache dazu. Fragen von so weittragender prinzipieller und politischer Bedeutung wie die Rechtschwenkung der badischen Regierung, haben ihr eigenes Schwergewicht. Einmal ins Rollen gebracht, bewegen sie sich ganz von selbst. Jedenfalls kann die Sozialdemokratie mit Seelenruhe der weiteren Entwicklung der Dinge in Baden entgegensehen. Das hat der Parlamentarier der Straßb. Post zutreffend herausgefunden, wenn er in einem längeren Artikel zum Schlusse bemerkt:

„Die Sozialdemokratie wird es aber bei der Einspruchsversammlung nicht benennen lassen. Sie wird, und das hat der Volksfreund auch schon angedeutet, die Sache auch im nächsten Landtag vorbringen und da ist ihr ein Erfolg ebenfalls sicher. Denn von allen Parteien werden nur die vier Konserverativen die Regierungsmassnahmen billigen. Wenn sich, was aber mehr als zweifelhaft ist, das Zentrum oder dessen Mehrheit zu den Konserverativen gesellen sollte, so käme der Regierung diese Unterstützung jedenfalls sehr teuer zu stehen.“

Ganz gewiß, denn hier handelt es sich nicht mehr um den „Ball Schaufele“, sondern um ein politisch weittragendes Prinzip. Und das heißt es offen Farbe bekennen. Es wird sich zeigen müssen, ob die Nationalliberalen die Konsequenzen aus der Kapitulation der Regierung vor der Reaktion zu ziehen den Mut haben. In jedem Falle, ob das geschieht oder ob es nicht geschieht, wird der Sozialdemokratie der Erfolg ihres Kampfes gegen die politische Willkür der Staatsbürokratie sicher sein. Die Politik der „starken Männer“ hat noch immer Pfaffen gemacht. Und in Baden haben die „starken Männer“ nicht nur die Arbeiter, sondern auch die große Mehrzahl der Beamten gegen sich. Die Anebelung der politischen Meinungsfreiheit nicht den Herrschaften nichts, denn in der Isolierung hört diese Anebelung auf. Also nur weitergemacht, wenns beliebt.

Etwas Musterstaatliches.

(Zu den Akten des neuen Ministers des Innern.)
Hinter im Schwarzwaldale Durbach steht ein Schulhaus für die Gebirgskolonie. Eine arme Witfrau von über 60 Jahren besorgt dort den Dienst als Schuldienerin gegen einen Jahreslohn von — 80 Mark — sage und schreibe achtzig Mark. Die Frau ist damit zufrieden; sie macht auch das Ansehen für die Schuldienerin. Im vorigen Winter erkrankte die Schuldienerin schwer, lag etliche Wochen im Spital und mußte sich einer Bauchoperation unterziehen. Seit Februar arbeitet sie wieder. Als nun die hohe Rechnung für Arzt, Apotheke und Spitalverpflegung kam, meinte die Frau, die Gemeinde hätte die Verpfichtung, einen Teil der Kosten zu tragen. Zur Osterzeit war jemand aus der Stadt im Gebirge anwesend, welcher von der mitleidigen Lage dieser Schuldienerin Kenntnis erhielt, deren Gläubiger auf Zahlung der Rechnung mahnten. Der Städter war der Ansicht, daß die Gemeinde verpflichtet wäre, die Schuldienerin zu versichern, und machte ihr eine dahingehende Eingabe an das wohlthätige Bürgermeisteramt Durbach. Dieses hatte indeß seit dem 1. März 1907 die Schuldienerin in die Krankenversicherung aufgenommen, befreit aber, daß die Gemeinde seither — seit Dezember 1903 — eine Versicherungspflicht gegenüber der Schuldienerin hatte, und daß von einer Tragung an den Heilkosten die Rede sein kann. Die Frau Schuldienerin übertrug ihre Angelegenheit der großh. Verwaltungsbehörde, dem Bezirksamt Offenburg. Dieses stellte sich auf die Seite des Bürgermeisters von Durbach und verneinte, daß eine gesetzliche Bestimmung die Versicherung dieses Schuldienerboten vorschreibe.

Die rechtliche Seite des noch unerledigten Falles interessiert uns heute nicht; nur die kulturelle. Unterm 30. Juni erläßt das Bezirksamt Offenburg eine Vorladung, frei laut Abers Nr. 16, welche der Frau Schuldienerin in Durbach Gebirg am 1. Juli abends spät zukommt:

Auf 2. Juli, vormittags 10 Uhr, vorgeladen auf großh. Bezirksamt Offenburg.
Die alte, an den Folgen der Bauchoperation immer

Badische Politik.

Endlich
soll der Diätenschänder in Eisenbahnwesen entgegenwirken werden. Wie dem Bad. Landmann mitgeteilt wird, soll von Finanzminister Honsell eine Neuordnung der Diätenbezüge in die Wege geleitet werden. In Zukunft sollen für auswärtige Geschäfte von weniger als 4 Stunden gar keine Diäten mehr bezahlt werden, sondern nur die Fahrt. Für einen Zeitaufwand von 4 bis 9 Stunden gibt es eine halbe Diäte und erst über 9 Stunden die ganze Diäte. Dabei soll der Diätensatz von 12 Mk. auf 10 Mk., von 10 Mk. auf 8 Mk. pro Tag herabgesetzt werden.

Eine Neuordnung der Diätenfrage war wirklich dringend notwendig, denn was in dieser Beziehung in den letzten Jahren gelistet wurde, das geht auf keine Kuhhaut. Bei einzelnen Eisenbahnbauprospekten sollen jährlich bis zu 20 000 Mk. Diäten gemacht worden sein und bei manchen Arbeiten kommen die Diäten teurer zu stehen, als die Arbeit. So etwas kann allerdings nur unter dem Regime einer zur rationalen Leitung eines

Ramen Napoleons seinen russischen Bruder von Gottesgnaden vor den deutschen Kurmachern zu beglückwünschen. Am 11. August holte sich der französische Präsident Miquelot des Mitgliedern-Departements als napoleonischer Führer einer Gläubigen-Deputation zu Karlsruhe das eigenbelaubte Kommandeurkreuz des Bähringer Löwenordens.
Die Großherzogin Luise von Baden, die Tochter des Prinzen Wilhelm von Preußen, fuhr noch am Abend des 8. Juli ihrem von einer Bildbader Kur heimkehrenden Gemahl bis Durbach entgegen; dann ordneten die ärztlichen Bestände, die Geheimnen Hofräte und Doktoren Wils, Buchegger und Schridel die nötige Ruhe für die Einleitung des nahenden Wochenbettes an und ließen die Mutter-Prinzessin aus Baden-Baden herüberkommen.
Eine Stunde nach der Geburt fand sich auch der Großvater Wilhelm im Karlsruher Schloß ein. Auf 6 Uhr wurden die Mitglieder des Staatsministeriums in das Schloß geladen, um durch einen über die Geburt aufgenommenen Staatsakt dem Lande zu versichern, daß es sich um einen legitimen gottesgnädigen Thronfolger handle. Die Choren verammelten sich, die Schloßdienerschaft trat ein, alle, alle ließ der überaus glückliche Vater den Erstgeborenen sehen. Am 12. Juli fand der Dankgottesdienst in den Karlsruher Kirchen beider Konfessionen statt, und einen Monat nach der Geburt, am 9. August, taufte sie in der Hofkirche in Anwesenheit dreier badischer Großherzoginnen: Sophie, Stephanie und Luise (letzte sah als Nonnensuzerinin in der obersten Hofstube) den Bähringer Erbsprohling unter dem Namen Friedrich Wilhelm Ludwig Leopold August, wobei die eigentlichen Taufpaten*) durch ihre Abwesenheit glänzten. Der Prinz von Preußen, unter Aufsicht des Markgrafen Wilhelm, übernahm in Vertretung die Hauptpatenstelle neben den Patinnen: Großherzoginnen Sophie und Stephanie, Prinzessin von Preußen, Herzogin von Rohrburg, Fürstin von Wied.
Deputationen aus dem ganzen, noch in reaktionären Sinne schmachtenden Lande, die bei Hof ihre Glüd-

wegung. Aus einer Versammlung an der „einmalen Pappel“ im Jahre 1848, in der Arbeiter aller Berufe und Kategorien ihre Forderungen aufstellten, gibt er einige Nebenwörter, von denen wir einige der markantesten wiedergeben:
Jacharia, Schreiber: Nicht für sich, sondern für die Tagelöhner trete er auf. Der Staat habe den Arbeitern Lunden geschlagen, er müsse sie heilen. Er solle billige Wohnungen geben. Ebenso solle er Mehl im großen zum Wiederverkauf im kleinen anschaffen. Die Tagelöhner möchten sich zu einem Protektarierbunde vereinigen. (Es entsteht ein Lärm, die Versammlung bestimmt den Redner, das Wort „Protektarier“ zurückzunehmen.) Jeder Bürger, der täglich weniger als einen halben Taler verdiene, gehört dem Bunde an; der Staat gibt den Gliedern dieses Bundes Wohnung für geringen Mietzins (der Redner braucht wieder das Wort „Protektarier“, welches ihm starke Mißbilligung zuzieht). Die Mitglieder des Bundes bleiben von jeder direkten oder indirekten Steuer frei.
Bergemann, Arbeiter: Ich bin Familienvater von 5 Kindern und mich trifft die Not namentlich deshalb, weil die Droschken alle Pakete in der Stadt von und nach den Eisenbahnen fahren. Wenn ihnen dies verboten würde und wenn festgesetzt würde: daß sie nur Pakete von einer bestimmten Schwere fahren dürfen, würden viele Leute Brot bekommen.
Ernst Helm, Arbeitsmann: Drei Taler geht für Unverheiratete, aber nicht für den Familienvater. Überall finden wir auf dem Bau Professionisten. Das dürfte nicht sein! Es muß verboten werden, daß diese als Arbeiter gehen.
Wethge, Antzger: Verliebt im Namen sämtlicher Dienstboten eine Eingabe, in der besonders eine Beschwerde über die Verwendung der Soldaten zum Fischen, Tragen, überhaupt zum Privatdienste variiert ist und bittet seine Beschwerde zugleich dem Könige vorzutragen.
Fermes, Mustermacher: Im Namen meiner Kollegen beschwere ich mich, daß die Verleger zu viel im Auktionshause anfertigen lassen. Ferner tut und die Schablonenarbeit großen Schaden. Franke s. W. läßt durch Schablonen viel verfertigen und ist dadurch imstande, sechs-

Vor einem halben Säkulum.

(Für den Volksfreund von H. G.)
Es vollerte am 9. Juli 1867 im ganzen Badenland. In Städten und Dörfern knallten sie die donnernde 101. Marsch denn zur Erinnerung an den Kaiserlichen Friedensschluß, der genau ein halbhundert Jahre in der deutschen Geschichte zu bezeichnen hatte? Am 9. Juli 1867 vor der Preußen sein halbes Land und der König Friedrich Wilhelm III. die Hälfte seiner Untertanen, entgegen der Trauerscheinung jenes Wieslocher Bürger Adam Müller, der aus der preußisch-russischen Freundschaft ein preußisches Weltreich prophezeit hatte.
Die badischen Friedensgeschäfte knallten und die kirchliche Anordnung vom Glockengeläute auf telegraphische Anordnung der badischen Regierung, weil der Landesvater einen Sohn und der Prinz von Preußen, der spätere Kaiser Wilhelm I., durch die Geburt des Erbprinzen Friedrich von Baden, am 9. Juli 1867, nachmittags 2 Uhr, einen thronfolgeberechtigten Knaben erhielt.
Das Ereignis im Karlsruher Residenzschloß fiel in eine Zeit, wo die Dynastie des russischen Zarenthums zum Zerstört im Lande Baden in veränderter Person eine unangenehme Figur machte und der Hof des dritten Napoleon bei der badischen „Krisokratie“ tonangebend war. Die Prinzessin Cäcilie von Baden, die Schwester des Großherzogs Friedrich, freizog den Verlobungsring an; sie war eben die Braut des russischen Großfürsten Nikolai geworden, um im September ihren Gläubigen abzuholen zu dürfen. Der Zar beglückte die Geschäfte mit der Baberete Wilibad und Baden-Waden durch seine tonangebende Anwesenheit. Denn, wo ein großes Kamen herunterschickert, dahin zieht auch viel glückliches Volk. Die Korona des Kaiserthums bildeten: der Prinz Wilhelm von Preußen mit Gemahlin, der das badische Volk seit 1849 jährlich an sich erinnerte, der König von Württemberg, der Prinz von Wisa, Prinz Karl von Preußen und etliche andere, darunter die Kaiserin-Mutter von Preußen. Inmitten dieser Krönboten der russischen Kaiserin erschien eine Deputation des Kaisers der Preußen unter Führung des Generals Reibell, um im

*) König Friedrich Wilhelm von Preußen, Königin Elisabeth von Preußen, Königin Viktoria von Großbritannien, Großherzogin Wilhelmine von Sachsen-Weimar.

Kleines feuilleton.

Aus der guten alten Zeit, und den Anschauungen der Arbeiter über die Lösung der sozialen Frage, weiß und Edward Bernstein einige typische Beispiele zu erzählen in seinem soeben im Erscheinen begriffenen Werte: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

Kleines feuilleton.

Aus der guten alten Zeit, und den Anschauungen der Arbeiter über die Lösung der sozialen Frage, weiß und Edward Bernstein einige typische Beispiele zu erzählen in seinem soeben im Erscheinen begriffenen Werte: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

